

NIEDERSCHRIFT

über die 39. Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses

vom: **29.01.2003**
von: **16:00 Uhr**
bis: **20:00 Uhr**
Ort: **Rathaus Siegen, Ratssaal**

Anwesend waren:

I. Vom Haupt- und Finanzausschuss:

BM Stötzel, Ulf - als Vorsitzender
Stv Bertelmann, Hans-Günter - ab 17.10 Uhr w. TOP 3 nöt
Stv Boller, Joachim
Stv Dreisbach, Jürgen
Stv Elter, Uwe
Stv Fries, Traute
Stv Höpfner-Diezemann, Ute - für Stv Prof. Dr. Holzäpfel, Heinz
Stv Katz, Reinhilde - für Stv Schiemer, Hansgeorg
Stv Kirchhöfer, Karl Wilhelm
Stv Köhl, Siegfried
Stv Moll, Ilona
Stv Mues, Steffen - für Stv Mues, Gunter
Stv Otto, Günter - bis 17.10 Uhr für Stv Bertelmann, Hans-Günter
Stv Rothenpieler, Wilhelm
Stv Schneider, Manfred - für Stv Dr. Stötzel, Wolfgang
Stv Schulte, Werner

II. Beratende Mitglieder:

Stv Nauck, Gerda - für Stv Walter, Klaus-Volker

III. Vom Personalrat:

VA Vogt

IV. Auf Grund besonderer Einladung zu TOP 5 nÖT:

Herr Brune WestLB
Herr Strickmann WestLB

V. Von der Verwaltung:

StK Baumeister
StR Dr. Rohr
StBR Brune
Städt. VD Lehmann
Städt. VD Bonstein
Städt. VR Dorsch
VA Schneider
Dipl.-Ing. Weidt
Stl Engelman
StAR Münker - als Schriftführerin

Nicht anwesend waren:

Stv Prof. Dr. Holzäpfel, Heinz
Stv Mues, Gunter
Stv Schiemer, Hansgeorg
Stv Dr. Stötzel, Wolfgang

A. ÖFFENTLICHE SITZUNG

Vor Eintritt in die Tagesordnung nimmt Bürgermeister Stötzel Bezug auf die Medienberichte zum Cross-Border-Leasing. Er erklärt, dass die verwaltungsseitig die Vorbereitungen noch nicht abgeschlossen sind und daher eine Beratung im Haupt- und Finanzausschuss, entgegen der seinerzeitigen Planung, noch nicht ansteht. Er stellt deutlich heraus, dass keine Vorentscheidung gefallen ist. Der in den Medien vermittelte Eindruck, eine Entscheidung werde "hinter verschlossenen Türen" getroffen, ist nicht zutreffend.

Her Baumeister ergänzt, dass aus Sicht der Verwaltung angesichts der Komplexität der Thematik noch zahlreiche Fragen zu klären und Informationen, auch im Hinblick auf die öffentliche Berichterstattung, einzuholen sind.

Die Tagesordnung wird im nichtöffentlichen Teil um die nachgereichten Punkte 6.3 und 7 erweitert.

1. Bestimmung eines Ausschussmitgliedes zur Mitunterzeichnung der Niederschrift

Zur Mitunterzeichnung wird Herr Schneider bestimmt.

2. Genehmigung der Niederschriften

Die Niederschriften werden bei Stimmenthaltungen (wegen Nichtanwesenheit) genehmigt.

3. Fragestunde

3.1. Unfall bei der Fa. Gontermann Peipers

Anfrage der SPD-Fraktion vom 19.01.2003

Bürgermeister Stötzel beantwortet die Fragen wie folgt:

Im Gießereibetrieb der Firma Gontermann & Peipers, Werk Hain, hat sich am 15.01.2003 ein schwerer Unfall durch eine Verpuffung ergeben, bei dem zwei Menschen zu Tode kamen und mehrere verletzt wurden.

Der Betrieb unterliegt dem Immissionsschutzrecht. Genehmigungsbehörde ist die Bezirksregierung Arnsberg in Verbindung mit dem Staatlichen Umweltamt und dem Staatlichen Amt für Arbeitsschutz in Siegen. Die Gießerei genießt am Standort Marienborner Straße seit Jahrzehnten Bestandsschutz.

In den neunziger Jahren wurden im Zuge der betrieblichen Neuordnung Änderungs-genehmigungen erteilt, die zur Konzentration des Schmelzbetriebes auf den westliche Teil der Marienborner Straße, den jetzt betroffenen Bereich, geführt haben. Damit waren Modernisierungen und Neuerungen verbunden, die dem heutigen Stand der Technik entsprechen.

Über die Ursachen des Unfalls bestehen keine genauen Erkenntnisse, da die Untersuchungen noch nicht abgeschlossen sind. Neben der Staatsanwaltschaft ist das Staatliche Amt für Arbeitsschutz in die Ursachenforschung eingebunden. Welche Konsequenzen aus dem Unfall zu ziehen sind, werden die Ermittlungen erst ergeben müssen. Soweit bisher bekannt, waren die Sicherheitsvorkehrungen ausreichend. Die Werkleitung hat verlauten lassen, dass sie in Verbindung mit den zuständigen Behörden alle notwendigen Schritte zur Vermeidung solcher Schadensereignisse unternimmt, wobei technisches, wie auch menschliches Versagen nie ganz auszuschließen ist. In Gesprächen mit der Geschäftsführung ist vereinbart, dass die Untersuchungen zunächst abgeschlossen werden sollen. Bevor die Produktion wieder aufgenommen wird, ist eine Bürgerinformation für den unmittelbar angrenzenden Bereich vorgesehen.

4. Anträge gem. § 9 der Geschäftsordnung

Es liegen keine Anträge vor.

5. Förderung kommunaler Projekte der Entwicklungszusammenarbeit nach § 20 Gemeindefinanzierungsgesetz (GFG)

Vorlagenr. 2467/2003 - Vorlage vom 15.01.2003

Herr Rothenpieler führt aus, dass es auf Seite 2 der Vorlage (und gleichlautend in Anlage 1) unter "qualitative Kriterien" seines Erachtens anstelle von "Eine Welt" heißen müsste "Dritte Welt", wie auch im Schreiben der Bezirksregierung ausgeführt. Ergänzt werden könnte Südosteuropa.

In der Anlage 1 sollte der dritte Absatz gestrichen werden, da er nicht zur Klarstellung beiträgt. Darüber hinaus schlägt er vor, den Abgabetermin für den Rechenschaftsbericht entsprechend der Antragsfrist einheitlich auf den 15. März festzulegen. Die Änderungsvorschläge erhebt er zum Antrag.

Herr Boller kritisiert, dass die Änderung des Verfahrens zu Mehrarbeit in der Verwaltung führt, weil die CDU-Fraktion aus parteipolitischen Gründen bestimmte Vorhaben nicht gefördert wissen möchte. Er bemängelt des weiteren, dass die Formulierung "ungerechte Verhältnisse" geändert wurde. Der Vorschlag bezüglich des Begriffes "Eine Welt" entspricht nicht der Zielsetzung, die Unterschiede zwischen den Regionen zu verringern. Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wird er die Vorlage ablehnen.

Die SPD-Fraktion vertritt weiterhin die Auffassung, so Herr Kirchhöfer, dass eine Neuregelung der Sache nicht dienlich ist. Zum Inhalt ist anzumerken, dass eine rückwirkende Förderung weiterhin ausgeschlossen werden sollte.

Nach Auffassung von Frau Nauck ist der Begriff "Eine Welt" richtig. Die F.D.P.-Fraktion befürwortet den Verwaltungsvorschlag.

Herr Dorsch erläutert, dass nach Aussage der Bezirksregierung Arnsberg angesichts des zeitlichen Ablaufes innerhalb eines Jahres eine Förderung von Maßnahmen bereits unmittelbar nach Beschluss des GFG, und nicht erst nach Zugang des Bewilligungsbescheides der Kommune, möglich ist.

Herr Otto wird der Vorlage mit den vorgeschlagenen Änderungen zustimmen.

Beschluss:

Der Haupt- und Finanzausschuss des Rates der Stadt Siegen beschließt die Richtlinie: „Verfahren und Kriterien für die finanzielle Förderung entwicklungspolitischer Vorhaben in Siegen“ unter Berücksichtigung folgender Änderungen in der neuen Fassung:

unter Ziffer 1.1

- Absatz 1 - "... Hilfe zur Selbsthilfe der Menschen in der Dritten Welt und Süd-osteuropa abzielen ..."
- Absatz 3 entfällt

unter Ziffer 2

Absatz 8 - Vorlage des Verwendungsnachweises und Auswertungsberichtes bis zum 15. März des folgenden Jahres

**Beratungsergebnis: 10 Stimmen dafür, 1 dagegen (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN),
4 Enthaltungen**

6. Rahmenplan Oberer Wellersberg

Vorlagenr. 2427/2003 - Vorlage vom 18.12.2002

Die F.D.P.-Fraktion ist der Meinung, so Frau Nauck, dass sowohl für die Wohnbauflächen, als auch für den Bereich der Kinderklinik Bebauungsplanverfahren durchgeführt werden müssen.

Bürgermeister Stötzel informiert über ein Gespräch mit Vertretern der Kinderklinik im Hinblick auf deren Erweiterungsabsichten. Ein positiver Vorbescheid wurde bereits erteilt, die Planungen sollen in Kürze vorgelegt und im Bauausschuss vorgestellt werden. Eine darüber hinausgehende Erweiterung im Bereich der ehemaligen Kasernengebäude ist in der Diskussion.

Herr Schulte nimmt Bezug auf die im Bauausschuss vorgetragenen Vorstellungen der SPD-Fraktion, im Rahmen des sozialen Wohnungsbaus auch Grundstücke in einer Größe bis zu 400 qm vorzusehen. Seitens der CDU-Fraktion besteht jedoch die Absicht, das Gelände des ehem. Munitionsdepots größer zu parzellieren, um dort großzügige Grundstücke für eine Einfamilienhausbebauung anbieten zu können. Die Planungen der Kinderklinik in einen Bebauungsplan einfließen zu lassen, hätte für die konkreten Bauabsichten erhebliche zeitliche Verzögerungen zur Folge. Die CDU-Fraktion stimmt den grundsätzlichen Überlegungen und der Vorbereitung eines Aufstellungsbeschlusses auf Basis der Variante B zu.

Herr Kirchhöfer merkt an, dass die SPD-Fraktion den Erweiterungsabsichten keinesfalls ablehnend gegenüber steht. Der Vorbescheid umfasst nur einen Teilbereich der Fläche, während das Gelände der ehem. Kasernen nicht berücksichtigt ist. Im Rahmen der Bauleitplanung sollte die Verträglichkeit des gesamten Vorhabens und der Wohnbebauung betrachtet werden. Es stellt sich auch die Frage, ob nicht durch das Instrument der Bauleitplanung eine größere Rechtssicherheit für die Wiederverwertung der Konversionsflächen erreicht werden kann. Bezüglich der Bauplatzgrößen sollten nicht von vorne herein kleinflächige Grundstücke ausgeschlossen werden.

Bürgermeister Stötzel macht darauf aufmerksam, dass auf Grund des Beschlusses

zur Aufstellung des Bebauungsplanes "Wellerberg/Fürstenweg" Vorhaben zurückgestellt werden können. Hinsichtlich der künftigen Nutzung des ehem. Kasernengeländes hält er zu gegebener Zeit ein Bauleitplanverfahren für erforderlich.

Nach Auffassung von Herrn Boller ist der gesamte Bereich als Einheit zu betrachten und eine verträgliche Planung für den oberen Wellersberg notwendig. Daher muss auch für den Bereich der Kinderklinik ein Bebauungsplan aufgestellt werden, selbst wenn sich dieser nur auf die ehem. Panzerhallen beschränkt. Des weiteren ist zunächst die künftige Nutzung des ehem. Kasernengeländes zu klären, bevor Freiflächen durch eine Bebauung versiegelt werden. Zum jetzigen Zeitpunkt wird die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN einer Bebauung nicht zustimmen, da kein Bedarf erkennbar ist und viele Fragen unbeantwortet sind. Zudem ist die Kaltluftschneise für die Innenstadt zu erhalten.

Herr Otto bittet im Vorfeld zu klären, ob auf dem Sportplatz Charlottental nach Wegfall des Wellersbergplatzes Kapazitäten für die Nutzung durch Thekenmannschaften vorhanden sind und ob die durch die Wohnbebauung entstehende zusätzliche Nachfrage dort abgedeckt werden kann.

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, unter den in der Vorlage genannten Prämissen den Aufstellungsbeschluss für den Bebauungsplan unter Zugrundelegung der Variante B vorzubereiten.

Beratungsergebnis: 14 Stimmen dafür, 1 dagegen (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN), 0 Enthaltungen

7. Parkraumbewirtschaftung in Siegen, Stellplatzablösesatzung

Vorlagenr. 2452/2003 - Vorlage vom 07.01.2003

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Stadt Siegen beschließt

1. die **Neueinteilung der Gebietszonen** für die Stellplatzablösesatzung für das Stadtgebiet Siegen und
2. die **Neufassung der Stellplatzablösesatzung** gemäß der der Vorlage beigelegten Anlage 1.

Beratungsergebnis: Einstimmig dafür, 0 Enthaltungen

8. Kinder- und Jugendeinrichtung Bertramsplatz; hier: Trägervertrag mit dem Stadtjugendring Siegen e.V.

Vorlagennr. 2360/2002

Die Vorlage wurde abgesetzt.

9. Mietanpassung für die Nutzung des Hüttensaaes in der Siegerlandhalle nach erfolgter Modernisierung

Vorlagennr. 2399/2002 und 2399/2002 A - Vorlagen vom 02.12.2002 und 07.01.2003

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Stadt Siegen beschließt die Mietanpassung entsprechend den in den Verwaltungsvorlagen Nr. 2399/2002 und 2399/2002 A genannten Konditionen mit Wirkung ab 01.01.2003.

Beratungsergebnis: Einstimmig dafür, 0 Enthaltungen

10. Bebauungsplan Nr. 331 "Weißtalhalle" im Stadtteil Kaan-Marienborn; hier:
- Auf § 31 GO NW wird hingewiesen
- Aufstellungsbeschluss gemäß § 2 (1) BauGB

Vorlagennr. 2412/2002

Die Vorlage wurde abgesetzt.

11. Wegeeinziehung in der Stadt Siegen; Absicht der Einziehung eines Teilstückes der öffentlichen Wegefläche Gemarkung Weidenau Flur 26 Flurstück 648 (ehem. Zufahrt zur Fa. Achenbach und zu den Gebäuden Weidenauer Straße 142 - 154 an der Bismarckstraße)

Vorlagennr. 2222/2002 - Vorlage vom 16.09.2002

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Stadt Siegen beschließt gem. § 7 des Straßen- und Wegegesetzes des Landes Nordrhein-Westfalen (StrWG NRW) in der Fassung der Bekanntmachung vom 23.09.1995 (GV NRW S. 1028/SGV NRW 91) die Absicht der Einziehung eines Teilstückes der öffentlichen Wegefläche Gemarkung Weidenau Flur 26 Flurstück 648 (ehem. Zufahrt zur Fa. Achenbach und zu den Gebäuden Weidenauer Straße 142 - 154 an der Bismarckstraße).

Beratungsergebnis: Einstimmig dafür, 0 Enthaltungen

VERWALTUNGSVORLAGE

Geschäftsbereich 1
Büro des Bürgermeisters / Geschäftsstelle Ausländerbeirat
Bearbeitet von: Herrn Engelmann

Datum 15.01.2003

Beratungsfolge Ausschüsse – Rat

☒ öffentlich

☐ nicht öffentlich

Haupt- und Finanzausschuss

29.01.2003

Betreff:

**Förderung kommunaler Projekte der Entwicklungszusammenarbeit nach
§ 20 Gemeindefinanzierungsgesetz (GFG)**

Beschlussvorschlag:

Der Haupt- und Finanzausschuss des Rates der Stadt Siegen beschließt die Richtlinie: „Verfahren und Kriterien für die finanzielle Förderung entwicklungspolitischer Vorhaben in Siegen“.

Sachverhalt / Begründung:

Der Haupt- und Finanzausschuss des Rates der Stadt Siegen hat in seiner 34. Sitzung am 03.07.2002 beschlossen, das künftige Zuschussanträge zur Förderung kommunaler Projekte der Entwicklungszusammenarbeit gem. § 20 GFG ausschließlich in der Stadtverwaltung zu bearbeiten sind.

Bis zu diesem Zeitpunkt hat das Eine Welt Forum Siegen-Wittgenstein die Anträge nach einem mit der Stadt Siegen abgestimmten Kriterienkatalog als Mittelvergabeempfehlung an den Haupt- und Finanzausschuss des Rates der Stadt Siegen vorbereitet.

Nach Rückholung dieser delegierten Aufgabe und ausschließlichen Übertragung der Vorarbeiten an die Verwaltung ist eine Überarbeitung der bis dahin bestehenden Richtlinie „Kriterien für die finanzielle Förderung entwicklungspolitischer Vorhaben in Siegen-Wittgenstein“ wie folgt notwendig:

Verfahren und Kriterien für die finanzielle Förderung entwicklungspolitischer Vorhaben in Siegen

Die Vorgaben des Landes Nordrhein-Westfalen in Form des jährlichen Bewilligungsbescheides der Bezirksregierung Arnsberg über die Zuweisungen zur Förderung kommunaler Projekte der Entwicklungszusammenarbeit nach § 20 Gemeindefinanzierungsgesetz NW gelten vorrangig.

1. Qualitative Kriterien

1.1 Gefördert werden können Vorhaben:

- der entwicklungspolitischen Bildungs-, Öffentlichkeits- und Informationsarbeit in Siegen, die auf die soziale, politische, ökonomische, ökologische und kulturelle Hilfe zur Selbsthilfe der Menschen in der Einen Welt abzielen (z. B. Bildungsveranstaltungen, Ausstellungen, Informationsmaterial, Aktionen),
- mit denen die Notwendigkeit von Strukturanpassungen auf kommunaler Ebene in Siegen öffentlich gemacht wird. Es soll deutlich werden, dass Entwicklungspolitik auch die Suche nach zukunftsfähigen Entwicklungsmodellen für die Bundesrepublik Deutschland (bzw. Siegen) beinhaltet,
- die der Vernetzung, Weiterentwicklung, Effektivierung und Reflexion entwicklungspolitischen Engagements in Siegen dienen,
- Konzepte und Maßnahmen zur Verwirklichung der „Lokalen Agenda 21“ sind förderungsfähig, soweit sie einen Bezug zur kommunalen Entwicklungszusammenarbeit haben.

1.2 Die Vorhaben sollen sich mit den Ursachen und Strukturen der unterschiedlichen sozialen Entwicklungen in den Nord-Süd- und Ost-West-Beziehungen auseinandersetzen und konkrete Handlungsmöglichkeiten aufzeigen.

1.3 Das Ansprechen neuer Zielgruppen in Siegen ist förderungswürdig.

2. Formale Kriterien

Ein Anspruch der Antragsteller und Antragstellerinnen auf Gewährung einer Förderung besteht nicht. Die Anträge müssen schriftlich bis zum 15. März eines Jahres dem Büro des Bürgermeisters, Markt 2, 57072 Siegen vorliegen.

- Gefördert werden können Vorhaben von lokalen Gruppen und Trägern (keine Einzelpersonen). Gleichberechtigte Beteiligung von Frauen und Männern am Entwicklungsprozess ist eine unabdingbare Voraussetzung. Die Mittel werden deshalb unter Beachtung gleichstellungspolitischer Interessen eingesetzt.
- Zuschüsse für Projekte in Siegen sollen i. d. R. 2.500 € nicht übersteigen.
- In der Finanzierung soll ein angemessener Anteil von eigenen Mitteln und / oder ggf. von dritten Zuschussgebern enthalten sein.

- Reisekosten können in der Regel nur bezuschusst werden, wenn Projektpartner / Projektpartnerinnen aus den Ländern der Entwicklungszusammenarbeit im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit eingeladen werden.
- Projekte können durch den Haupt- und Finanzausschuss rückwirkend gefördert werden, soweit eine Maßnahme nach der Beschlussfassung des Landtags NRW zur Mittelbereitstellung in seinem Haushalt stattfindet.
- Anträge müssen rechtsverbindlich unterschrieben sein, sollen eine ausführliche Beschreibung des Vorhabens und einen Finanzierungsplan enthalten. Die Inhalte der Aktivitäten sollen dabei ohne weitere Rückfragen eine Beurteilung der Zielsetzung der Aktion ermöglichen. Kosten und Einnahmen sind getrennt von einander aufzuführen.
- Nach Abschluss des Vorhabens muss vom Antragsteller ein Verwendungsnachweis gemäß Formblatt und ein Auswertungsbericht bis zum 15. April des folgenden Jahres nach Antragstellung der Stadt Siegen vorgelegt werden. Als Abrechnungsunterlagen sind Einnahme und Ausgabebelege, d.h. Rechnungen mit Überweisungsbeleg oder Quittungen einzureichen. Die Originalbelege müssen vom Antragsteller 5 Jahre lang aufbewahrt werden.
- Werden Zuschüsse nicht oder nicht mehr ihrem Zweck entsprechend oder unwirtschaftlich verwendet oder sonstige mit der Förderung verbundene Auflagen nicht erfüllt, können diese teilweise oder ganz zurückgefordert werden

Die Verwendungsnachweise werden dem Haupt- und Finanzausschuss des Rates der Stadt Siegen in Form eines Berichtes vorgelegt.

3. Antrags- und Bewilligungsverfahren

Die Anträge (gemäß Antragsvordruck) sind an den Bürgermeister, Büro des Bürgermeisters / Geschäftsstelle Ausländerbeirat zu richten. Der Haupt- und Finanzausschuss des Rates der Stadt Siegen entscheidet abschließend.

Die Bewilligung von Fördermitteln erfolgt schriftlich durch den Bürgermeister nach Eingang des Zuwendungsbescheides der Bezirksregierung Arnsberg.

Der Zuschuss darf nur zur Erfüllung der in der Bewilligung festgelegten oder in Bezug genommenen Förderung verwendet werden.

Die Mittelverwendung ist mit einem Verwendungsnachweis (Formblatt) gegenüber der Stadt Siegen zu belegen.

Stadt Siegen, 30.01.2003

Eine synoptische Gegenüberstellung der bisher seitens des Eine Welt Forum in Abstimmung mit der Stadt Siegen angewandten Richtlinie sowie der Neufassung ist als Anlage 1 beigelegt.

Finanzielle Auswirkungen

☐ ja☒ nein

Gesamtkosten der Maßnahme	jährliche Folgekosten	Finanzierung Eigenanteil	Finanzierung objekt bezogene Einnahmen	Abstimmung mit dem Kämmerer
				<input type="checkbox"/> ist erfolgt <input type="checkbox"/> ist nicht erforderlich, da Haushaltsmit- tel im Haus- haltsjahr zur Verfügung stehen

Veranschlagung

<input type="checkbox"/> im VermH	<input type="checkbox"/> im VerwH	<input type="checkbox"/> Nein	<input type="checkbox"/> Ja, mit	Haushaltsstelle
-----------------------------------	-----------------------------------	-------------------------------	----------------------------------	-----------------

Ulf Stötzel

Anlage 1: Synoptische Gegenüberstellung (Alt/Neu) der Richtlinie

Anlage 2: § 20 Gemeindefinanzierungsgesetz

Anlage 3: Bewilligungsbescheid der Bezirksregierung Arnsberg 2002

Anlage 4: Antragsvordruck

Anlage 5: Vordruck eines Bewilligungsbescheides 2002 (Muster)

Anlage 6: Verwendungsnachweis (Formblatt)

VERWALTUNGSVORLAGE

Geschäftsbereich

Datum

Fachbereich

Fachbereichsleiter 1

Bearbeitet von:

Beratungsfolge Ausschüsse – Rat

☒ öffentlich

☐ nicht öffentlich

Bezirksausschuss V - West	13.01.2003
Bauausschuss	20.01.2003
Ausschuss für Umwelt, Landschaftspflege und Energie	28.01.2003
Haupt- und Finanzausschuss	29.01.2003

Betreff:

Rahmenplan Oberer Wellersberg

Beschlussvorschlag:

Die Verwaltung wird beauftragt, unter den genannten Prämissen den Aufstellungsbeschluss für den Bebauungsplan vorzubereiten.

Sachverhalt / Begründung:

Die Umnutzung der ehemals militärisch genutzten Flächen am Oberen Wellersberg stellt für die Stadt Siegen wegen der Lagegunst, der Topographie und der Eigentumsverhältnisse eine besonders günstige Gelegenheit dar, wertvolle Reserveflächen für die DRK-Kinderklinik sowie dringend benötigte Wohnbauflächen zu entwickeln.

Im Wohnbauflächenkonzept (Erarbeitung 2001) haben diese Flächen demgemäß eine hohe Bewertung erhalten und wurden in die oberste Priorität eingestuft. Die zuständigen städtischen Gremien haben diese Beurteilung bestätigt und die Verwaltung beauftragt, auf der Grundlage des vorgestellten Rahmenplanes die Bauleitplanung weiterzuentwickeln (Bezirksausschuss V, Ausschuss für Umwelt, Landschaftspflege und Energie, Verkehrsausschuss und Bauausschuss). Im Haupt- und Finanzausschuss wurde die Beratung zunächst zurückgestellt, da zwischenzeitlich wesentliche Änderungen in der Nutzungskonzeption der DRK-Kinderklinik vorgenommen wurden sowie Klärungsbedarf über die weitere Verwendung des im Plangebiet vorhandenen Sportplatzes bestand.

Nach Abklärung des endgültigen Flächenbedarfs für die Kinderklinik hat auf Antrag der CDU-Fraktion vom 12.02.2002 der Haupt- und Finanzausschuss am 06.03.2002 über die Problematik beraten und folgenden Beschluss gefasst:

Die Verwaltung wird beauftragt, in Ergänzung bzw. Abänderung der Vorlage Nr. 1536/01 „Wohnbauentwicklungsbereich Oberer Wellersberg“ folgende Punkte zu berücksichtigen:

2. Der Plan, auf der Konversionsfläche im Bereich der ehemaligen Kasernen Wohnbauten zu errichten, wird nicht weiterverfolgt.
2. Der vorhandene Kinderspielplatz sowie die Sportanlage bleiben möglichst am jetzigen Standort erhalten.

Die überarbeitete Planung wird folgenden Gremien vorgelegt:

- Bauausschuss
- Haupt- und Finanzausschuss
- Rat

Die Verwaltung hat daraufhin die Planung überarbeitet und in zwei Varianten die Problematik, insbesondere der Sportflächennutzung, dargestellt (s. Anlagen 1 = Variante A, 2.1 = Variante B und 2.2 = Detailplan).

Variante A

Die Erschließung der geplanten Wohnbauflächen erfolgt von der Wellersbergstraße aus über die Trasse der Panzerstraße mit abzweigenden Wohnstraßen in die Flächen des ehemaligen Munitionsdepots und die östlich davon gelegenen derzeitigen Wiesenflächen. Der derzeitige Spielplatz sowie die übrigen Sportplatz-Flächen bleiben ausgespart. Die Nutzung des Sportplatzes ist uneingeschränkt für alle Sportarten (insbesondere Fußballspiel) möglich. Nach geltendem Planungsrecht ist hierbei eine Bewältigung der Problematik „Sportflächen-Lärmemissionen“ erforderlich, da beide Nutzungen (Wohnen und Sport) in unmittelbarer Nähe unverträglich sind.

Bewertung der Variante A

Vorbemerkung

Auf eine Ermittlung der Lärmemissionen, die mit der Nutzung der vorhandenen Sportanlage verbunden sind, wurde verzichtet, da bereits für den nördlich des Plangebietes gelegenen Sportplatz „Charlottental“ eine gutachterliche Stellungnahme (Dipl.-Ing. Thomas Baierl, Sept. 2001) unter den gleichen Voraussetzungen erarbeitet wurde. Die Ergebnisse wurden sinngemäß auf den Sportplatz im Plangebiet übertragen.

Das Bundesinstitut für Sportwissenschaft hat in seiner Schriftenreihe „Sportanlagen und Sportgeräte“ den Bericht B 2/94 – Geräuschentwicklung von Sportanlagen und deren Quantifizierung für Immissionstechnische Prognosen – herausgegeben. Im Abschnitt 3 dieser Veröffentlichung werden die Geräuschemissionen des Fußballspiels ausführlich dargestellt.

Die Übertragung dieser Ergebnisse auf andere vergleichbare Fußballfelder ist unverändert möglich. Hierbei treten Emissionen aus der sportlichen Nutzung sowie aus den Verkehrsaufkommen auf, welche dem Sportplatz zuzurechnen sind.

Ohne zusätzliche Abschirmmaßnahmen überschreiten die Immissionspegel die Richtwerte einer benachbarten Wohnnutzung erheblich. Da von nahezu allen Wohnhausstandorten eine direkte Sichtverbindung zum Sportplatz bestehen würde, ist eine Reduzierung nur durch Einhaltung ausreichender Schutzabstände möglich. **Nach grober Überschlagsrechnung wäre dies nur gegeben, wenn die zukünftigen Wohnbauflächen ca. 150 m vom Sportplatz abrücken.**

Dies würde bedeuten, dass bis auf die Flächen des ehemaligen Munitionsdepots und eine kleinere anschließende Restfläche das Plangebiet von einer Wohnnutzung (WR/WA) freigehalten werden müsste (s. Anlageplan 1). Diese Zuordnung der Nutzungen ist aus städtebaulicher Sicht unwirtschaftlich und wenig sinnvoll, da eine zweckmäßige Abrundung der vorhandenen und neuen Wohnbauflächen (lediglich 7,5 ha zusätzliche Brutto-Wohnbauflächen) nicht möglich ist.

Variante B

Die Haupteerschließung erfolgt über eine Verlängerung der Wellersbergstraße und Verknüpfung mit der oberen Haroldstraße im Wohngebiet „Charlottental“. Von dieser Haupteerschließung aus zweigen hangaufwärts (nach Westen) mehrere Wohnstraßen ab, die die nach Südosten abfallenden Hangflächen erschließen. Das Erschließungssystem ist weitestgehend variabel und kann auf die geforderten Grundstücksgrößen abgestimmt werden.

Die Nutzung der Sportflächen wird auf den Schulsport beschränkt und das Fußballspiel auf dem Sportplatz „Charlottental“ integriert. Der vorhandene Spielplatz könnte zusätzlich am jetzigen Standort erhalten werden und die gesamte Anlage abrunden (Anlage 2.2).

Durch mehrere an die Stadt Siegen gerichtete Schreiben haben der „Initiativkreis Spiel- und Sportplatz Wellersberg e. V.“, die Schulkonferenz der Obenstruth-Schule sowie die Montessori-Kindertagesstätte auf den dringenden Bedarf an Spielplatz- und Schulsport-Flächen hingewiesen. Dieser Bedarf wurde von FB 4/1 ausdrücklich bestätigt. Weitere Bedarfe dieser Art werden durch die geplanten Wohnbauflächen sowie die bestehende und sich erweiternde DRK-Klinik entstehen. Diesen Belangen kann durch die Ausweisung der Schulsport-Anlage – ggf. mit einem 55 m x 45 m großen Kleinspielfeld, einer 100 m-Laufbahn und Weitsprunganlage - und des Spielplatzes im südlichen Planbereich sowie eines zusätzlichen Spielplatzes im nördlichen Planbereich (siehe Anlageplan B) Rechnung getragen werden. Insgesamt kann die geplante Ausstattung des Bereiches Oberer Wellersberg in dieser Größe als überdurchschnittlich bewertet werden.

Bewertung der Variante B

Die Variante B stellt einen Kompromiss der unterschiedlichen Belange im Planbereich dar. Die heutigen und zukünftigen Bedarfe der DRK-Kinderklinik werden vollständig abgedeckt und können – falls erforderlich – unabhängig von den übrigen Nutzungen entwickelt werden (1. BA). Ebenso könnte die Schulsportanlage sowie die endgültige Herrichtung des Spielplatzes unter Berücksichtigung der späteren Haupteerschließungsstraße erfolgen (2. BA). Die Erweiterung der Wohnbauflächen ist auf

der Grundlage des Vorentwurfes ebenfalls in Bauabschnitten möglich, insgesamt könnten Brutto-Wohnbauflächen in einer Größe von 16,5 ha entstehen. Diese Größenordnung stellt einen wichtigen Beitrag zur Deckung des Wohnbauflächenbedarfes dar, die Qualität des Wohnstandortes ist überdurchschnittlich. Die in dieser Planvariante dargestellte Abrundung zwischen vorhandener und projektierter Wohnbebauung ist plausibel und entspricht den allgemein gültigen Planungsgrundsätzen. Dies schließt nicht aus, dass langfristig eine Erweiterung der Wohnbauflächen in nördliche Richtung erfolgen kann.

Resümee:

Nach Abwägung aller Kriterien bietet aus der Sicht der Verwaltung die Variante B gute Voraussetzungen, um den Klinik-Standort, die möglichen Wohnbauflächen und die integrierte Sport- und Spielplatz-Nutzung angemessen zu entwickeln. Die weiterführende Planung sollte auf der Grundlage dieser Variante erfolgen.

Finanzielle Auswirkungen ☐ ja ☒ nein

Gesamtkosten der Maßnahme	jährliche Folgekosten	Finanzierung Eigenanteil	Finanzierung objektbezogene Einnahmen	Abstimmung mit dem Kämmerer <input type="checkbox"/> ist erfolgt <input type="checkbox"/> ist nicht erforderlich, da Haushaltsmittel im Haushaltsjahr zur Verfügung stehen.
---------------------------	-----------------------	--------------------------	---------------------------------------	---

Veranschlagung

<input type="checkbox"/> im VermH	<input type="checkbox"/> im VerwH	<input type="checkbox"/> Nein	<input type="checkbox"/> Ja, mit	Haushaltsstelle
-----------------------------------	-----------------------------------	-------------------------------	----------------------------------	-----------------

Ulf Stötzel

Anlagen

Finanzielle Auswirkungen

☐ ja☐ nein

Gesamtkosten der Maßnahme	jährliche Folgekosten	Finanzierung Eigenanteil	Finanzierung objekt bezogene Einnahmen	Abstimmung mit dem Kämmerer
				<input type="checkbox"/> ist erfolgt <input type="checkbox"/> ist nicht erforderlich, da Haushaltsmit- tel im Haus- haltsjahr zur Verfügung stehen

Veranschlagung

<input type="checkbox"/> im VermH	<input type="checkbox"/> im VerwH	<input type="checkbox"/> Nein	<input type="checkbox"/> Ja, mit	Haushaltsstelle
-----------------------------------	-----------------------------------	-------------------------------	----------------------------------	-----------------

Anlagen:

VERWALTUNGSVORLAGE

Geschäftsbereich 1
Fachbereich Wirtschaftsförderung
Bearbeitet von: Frau Zilz

Datum
07.01.2003

Beratungsfolge Ausschüsse – Rat

☒ öffentlich

☐ nicht öffentlich

Ausschuss für Wirtschaftsförderung und Liegenschaften	23.01.2003
Haupt- und Finanzausschuss	29.01.2003
Rat	05.02.2003

Betreff:

Parkraumbewirtschaftung in Siegen, Stellplatzablösesatzung

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Stadt Siegen beschließt

1. die **Neueinteilung der Gebietszonen** für die Stellplatzablösesatzung für das Stadtgebiet Siegen und
2. die **Neufassung der Stellplatzablösesatzung** gemäß der dieser Vorlage beigefügten Anlage 1.

Sachverhalt / Begründung:

Der Rat der Stadt Siegen hat in seiner Sitzung am 28.11.2001 die Vorlagen 1393/01 und 1393/01A zur erneuten Beratung an den Ausschuss für Wirtschaftsförderung und Liegenschaften zurückverwiesen.

Dabei wurde die Verwaltung beauftragt, die Abgrenzung und Zuordnung der Gebietszonen nochmals zu überprüfen und einen entsprechenden Vorschlag zu unterbreiten.

Eine nochmalige eingehende Diskussion innerhalb der Verwaltung erbrachte folgendes Ergebnis:

1. Neueinteilung der Gebietszonen für die Stellplatzablösesatzung:

Hauptansatzpunkt für die Neueinteilung der Gebietszonen im Stadtgebiet waren die städtebaulichen Veränderungen der vergangenen Jahre und die nicht mehr angemessene Abstufung der Zonen untereinander. Die letzte Anpassung der Gebietszonen erfolgte bekanntlich im Jahr 1993. Es ist sinnvoll die Grenzen der Gebietszonen fließend ineinander übergehen zu lassen.

Aufgrund der besonderen Situation der Siegener Oberstadt ist vorgesehen, diesen Bereich künftig als Zone II „Historische Altstadt“ zu kennzeichnen. Die Zonen I Siegen-Mitte und Weidenau-Mitte sollen künftig schwerpunktmäßig den direkten Geschäftsbereich mit überwiegend gewerblicher Nutzung erfassen. Zielsetzung ist, die an die Zentren angrenzende Wohnbebauung der Zone II zuzuordnen.

An dieser Stelle sei darauf hingewiesen, dass bei der Einteilung der Gebietszonen die Gesamtstruktur des Stadtgebietes mit den jeweiligen Siedlungsschwerpunkten nach dem Flächennutzungsplan (FNP) betrachtet wurde. Die Siedlungsschwerpunkte befinden sich in Siegen, Weidenau, Geisweid und Eiserfeld. Bei diesen vier Siedlungsschwerpunkten gemäß FNP sowie in den angrenzenden Randbereichen erfolgte schwerpunktmäßig die Gebietszoneneinteilung.

Zum besseren Verständnis wird erneut darauf hingewiesen, dass **das gesamte Stadtgebiet in drei Gebietszonen** eingeteilt wurde. Die farblich gekennzeichneten Flächen stellen die Zonen I und II dar. Bei den nicht gekennzeichneten Flächen handelt es sich um die Gebietszone III und somit um das übrige Stadtgebiet. Mithin greift die Stellplatzablösesatzung auf sämtlichen Bauflächen des Stadtgebietes Siegen.

Im Einzelnen werden folgende Änderungen der Gebietsabgrenzungen gegenüber der ursprünglichen Satzung vorgeschlagen:

Siegen-Weidenau

Die Gebietszone I wird im Bereich Waldhausstraße, Flurstraße, Charlottentalstraße, Bismarckstraße, Auf dem Mühlengraben zurückgenommen, da hier derzeit und auch zukünftig keine Entwicklungen zu erwarten sind, die eine Einstufung in Zone I (Geschäftsbereich) rechtfertigen. Die in erster Linie durch eine Wohnnutzung geprägten Flächen werden bei der Neueinteilung der Zone II zugeordnet.

Siegen-Mitte

Die Gebietszone I wurde entsprechend der jüngsten Entwicklung des Geschäftsbereiches in der Unterstadt mit City-Galerie und Hauptpost über den Bahnhof bis zur HTS in nordwestlicher Richtung ausgedehnt. Der Bereich der Historischen Altstadt wurde ebenso über das Areal zwischen Spandauer Straße, Obergraben und Löhrtor der Gebietszone II zugeordnet und damit herabgestuft. Dies geschieht in erster Linie um einen abgestuften Übergang zwi-

schen Zone I und Zone III zu erreichen und Gebiete mit ähnlicher Struktur in Randlage zur Innenstadt gleich zu behandeln.

Die Fläche entlang der Weiß zwischen Löhrtor, Frankfurter Straße, Hainer Hütte und Lohgraben wurde in die Gebietszone II aufgenommen, da sich hier seit einiger Zeit städtebauliche Veränderungen anbahnen, die u. a. durch die Aufgabe von gewerblich-industriellen Nutzungen ausgelöst werden. Die hier neu entstehenden Einzelhandels- und Dienstleistungsstrukturen sind durchaus mit anderen der Zone II zugeordneten Gebieten – wie Kaisergarten, Sieghütte, Hammerhütte und Leimbachtal – zu vergleichen und sollten zukünftig auch so behandelt werden.

Siegen-Eiserfeld:

Die vorgeschlagene Ausweitung der Gebietszone II an der **Eiserfelder Straße** ist vor dem Hintergrund der Entwicklungen im Einzelhandels- und Dienstleistungsbereich der letzten Jahre und der Vergleichbarkeit mit verschiedenen Bereichen in Siegen-Mitte, Siegen-Weidenau und auch Siegen-Geisweid zu beurteilen.

Die Flächen entlang der B 62 zwischen Hallenbad und IHW-Park sind durch die Ansiedlung der verschiedensten Einzelhandelsbetriebe (Biker-Laden, Ofen-Studio, Lidl, Fitness-Studio etc.) strukturell der Ortsmitte Eiserfeld zuzuordnen und sollten zukünftig auch in Fällen der Zahlung von Stellplatzablösebeträgen so behandelt werden. Damit wird der Grundsatz der Gleichbehandlung in den Siedlungsschwerpunkten der Stadt Siegen weitestgehend gewahrt.

2. Inhaltliche Anpassung der Stellplatzablösesatzung:

Mit Novellierung der BauO NRW vom 01.03.2000 haben sich wesentliche Änderungen für die Satzungsermächtigungen nach § 51 BauO NRW und deren Inhalte ergeben.

Die Begründung des Landtages zur Neufassung lautet wie folgt:

Die Neufassung des § 51 soll dazu führen, dass Stellplätze erst nach Überprüfung des im Einzelfalls zu ermittelnden Bedarfs für notwendig erachtet werden mit dem Ziel einer verbesserten Abstimmung der Errichtung von Stellplätzen auf privaten Grundstücken mit der Verkehrssituation in der jeweiligen Gemeinde sowohl im Bereich des Individualverkehrs, als auch im Bereich des ÖPNV. Damit soll der bisherigen Verwaltungspraxis begegnet werden, in der Regel ohne konkrete Bedarfsanalyse die Richtzahlentabelle zugrunde zu legen.

Bei der neuen Satzung (vgl. Anlage „Synopsis“) ist dies wie folgt zu berücksichtigen:

- ▶ Die **Ermächtigung die Zahlung von Ablösebeträgen auszusetzen**, wenn nachweislich der ÖPNV durch Job-Tickets genutzt wird (ehemals § 51 Abs. 6 BauO NRW 1995) entfällt. Der Wegfall dieser Ermächtigungsgrundlage hat zur Folge, dass die bisherigen Regelungen des § 5 Abs. 3-6 der Stellplatzablösesatzung unwirksam sind und künftig wegfallen.
- ▶ Die **Ermächtigung Verzichtssatzungen zu erlassen** (ehemals § 51 Abs. 5 Nr. 2 BauO NRW 1995) ist ebenfalls entfallen. Daraus resultiert,

dass die bisherigen Regelungen des § 5a unwirksam sind und in die neue Satzung nicht einfließen dürfen. Auf Ablösebeträge kann künftig generell nicht mehr verzichtet werden.

Entscheidende Auswirkungen auf die Genehmigungspraxis hat der Wegfall der Verzichtssatzung, besonders für Vorhaben im Bereich der Oberstadt, während die „Jobticketregelung“ bisher nie in Anspruch genommen wurde.

Lösungsansätze zur Kompensierung des Wegfalls der Vergünstigungsregelung im Bereich der Oberstadt bietet der § 51 BauO NRW bei der Ermittlung des Stellplatzbedarfs durch folgende Regelungen:

- ▶ Orientierung am tatsächlichen Bedarf des Einzelfalls
- ▶ Berücksichtigung der örtlichen Verkehrssituation und der ÖPNV-Anbindung
- ▶ Bei Änderung im Bestand wird die Stellplatzfrage nur bei wesentlichen Änderungen der Anlage oder bei wesentlichen Änderungen der Nutzungsart untersucht (großer Ermessensspielraum).

Unabhängig von diesen Lösungsansätzen, sei an dieser Stelle erneut darauf hingewiesen, dass die Siegener Oberstadt (historische Altstadt, alle Flächen innerhalb der alten Stadtmauer) künftig der Gebietszone II zugeordnet ist.

Finanzielle Auswirkungen

☐ ja

☒ **nein**

nicht unmittelbar

Gesamtkosten der Maßnahme	jährliche Folgekosten	Finanzierung Eigenanteil	Finanzierung objektbezogene Einnahmen	Abstimmung mit dem Kämmerer
				<input type="checkbox"/> ist erfolgt <input type="checkbox"/> ist nicht erforderlich, da Haushaltsmittel im Haushaltsjahr zur Verfügung stehen.

Veranschlagung

<input type="checkbox"/> im VermH	<input type="checkbox"/> im VerwH	<input type="checkbox"/> Nein	<input type="checkbox"/> Ja, mit	Haushaltsstelle
-----------------------------------	-----------------------------------	-------------------------------	----------------------------------	-----------------

Ulf Stötzel

Anlagen

Finanzielle Auswirkungen

ja	<div style="display: flex; align-items: center; justify-content: center;"> <div style="writing-mode: vertical-rl; transform: rotate(180deg); border: 1px solid black; padding: 5px;"> X n i c h t u n m i t t e l b a r </div> <div style="margin: 0 10px;">nein</div> </div>
----	---

Gesamtkosten der Maßnahme	jährliche Folgekosten	Finanzierung Eigenanteil	Finanzierung objekt bezogene Einnahmen	Abstimmung mit dem Kämmerer
				<input type="checkbox"/> ist erfolgt <input type="checkbox"/> ist nicht erforderlich, da Haushaltsmit- tel im Haus- haltsjahr zur Verfügung stehen

Veranschlagung

<input type="checkbox"/> im VermH	<input type="checkbox"/> im VerwH	<input type="checkbox"/> Nein	<input type="checkbox"/> Ja, mit	Haushaltsstelle
-----------------------------------	-----------------------------------	-------------------------------	----------------------------------	-----------------

Ulf Stötzel
Bürgermeister

Anlagen: 5

VERWALTUNGSVORLAGE

Geschäftsbereich 2
Fachbereich Förderung von jungen Menschen
Bearbeitet von: Dr. Raimund Jung

Datum
22.11.2002

Beratungsfolge Ausschüsse – Rat

☒ öffentlich

☐ nicht öffentlich

Jugendhilfeausschuss	11.12.2002
Haupt- und Finanzausschuss	29.01.2003
Rat	05.02.2003

Betreff:

**Kinder- und Jugendeinrichtung Bertramsplatz;
hier: Trägervertrag mit dem Stadtjugendring Siegen e.V.**

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Stadt Siegen beschließt dem Stadtjugendring Siegen e. V. die Trägerschaft über die offene Kinder- und Jugendfreizeiteinrichtung „Bertramsplatz“ nach Fertigstellung der erforderlichen Umbauarbeiten zu übertragen und dazu die erforderlichen Verträge

- Leistungsvertrag
- Personalgestellungsvertrag
- Leihvertrag über das Gebäude

abzuschließen.

Als Erstausrüstung für den Beginn des Betriebes wird als Obergrenze die Personal- und Sachkostenausstattung der städt. Kinder- und Jugendeinrichtungen „Haus der Jugend“ (bereinigt um die damaligen Mietaufwendungen HDJ) und „Altenhof“ mit Stand vom 31. Dezember 1999 zugrunde gelegt (siehe Einsparstelle). Eine Eigenbeteiligung des Stadtjugendrings in Höhe von mindestens 10 % der Personal- und Sachkosten der Einrichtung ist vorzusehen.

Der Leistungsvertrag ist zunächst auf 3 Jahre – nach Aufnahme des Betriebs – befristet.

Sachverhalt / Begründung:

Das Projekt Bertramsplatz wurde in den politischen Gremien der Stadt mehrfach behandelt. Auf die verschiedenen Vorlagen zur Finanzierung, Planung und Trägerschaft wird verwiesen.

Nachdem der Jugendhilfeausschuss der Stadt Siegen die Verwaltung in seiner Sitzung am 28.05.2002 beauftragt hat, mit dem Stadtjugendring Siegen e. V. über die Trägerschaft der neuen Einrichtung zu verhandeln, lege ich nunmehr die entsprechenden Vertragsentwürfe zur Beschlussfassung vor.

Bestandteil des Leistungsvertrages ist auch das mit Jugendlichen im „Blue- Box“ – Projekt erarbeitete Arbeitskonzept, einschließlich dem Beteiligungsmodell.

Zu dem Personalgestellungsvertrag wurde das erforderliche Beteiligungsverfahren mit dem Personalrat gemäß LPVG durchgeführt.

Anlagen:

- Leistungsvertrag
- Personalgestellungsvertrag
- Leihvertrag
- Arbeitskonzept / Beteiligungsmodell
- Leistungsbeschreibung

Finanzielle Auswirkungen

☒ ja

☐ nein

Gesamtkosten der Maßnahme	jährliche Folgekosten	Finanzierung Eigenanteil	Finanzierung objekt bezogene Einnahmen	Abstimmung mit dem Kämmerer
66.800 €	66.800 €			<input checked="" type="checkbox"/> ist erfolgt <input type="checkbox"/> ist nicht erforderlich, da Haushaltsmittel im Haushaltsjahr zur Verfügung stehen

Veranschlagung

<input checked="" type="checkbox"/> im VermH 2002	<input type="checkbox"/> im VerwH	<input type="checkbox"/> Nein	<input type="checkbox"/> Ja, mit	Haushaltsstelle
---	-----------------------------------	-------------------------------	----------------------------------	-----------------

In Vertretung

Dr. Werner Rohr
Stadtrat

Anlagen: 5

VERWALTUNGSVORLAGE

Geschäftsbereich 3
Fachbereich Siegerlandhalle
Bearbeitet von: Herrn Prinz

Datum
02.12.2002

Beratungsfolge Ausschüsse – Rat

☒ öffentlich

☐ nicht öffentlich

Hallenausschuss	17.12.2002
Haupt- und Finanzausschuss	29.01.2003
Rat	05.02.2003

Betreff:

Mietanpassung für die Nutzung des Hüttensaales in der Siegerlandhalle nach erfolgter Modernisierung

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Stadt Siegen beschließt die Mietanpassung entsprechend der in der Verwaltungsvorlage genannten Konditionen mit Wirkung ab 01.01.2003.

Sachverhalt / Begründung:

1. Derzeitiger Mietrahmen

Mit Beschluss vom 05.11.1997 hat der Rat der Stadt Siegen die derzeit gültigen Mietsätze und Bewirtschaftungsregelungen für die Stadthallen und Bürgerhäuser mit Wirkung ab 01.01.1998 festgesetzt. Mit Beschluss vom 28.02.2001 hat der Rat sodann einen Ergänzungsbeschluss zur Mieterhöhung einzelner kleinerer Säle sowie der Bürgerhäuser mit Wirkung ab 01.03.2001 gefasst.

2. Mietanpassung für den Hüttensaal

Die Mietkonditionen für den Hüttensaal sind seit 01.01.1998 unverändert geblieben, da das Ambiente und die technische Ausstattung nicht mehr den Anforderungen entsprachen.

Im Rahmen des Modernisierungsprogrammes für die kleineren Säle der Siegerlandhalle ist der Hüttensaal im laufenden Haushaltsjahr grundlegend sa-

niert und modernisiert worden. Diese Maßnahme ist vor kurzem abgeschlossen worden.

Es wird nunmehr, auch unter Berücksichtigung vergleichbarer privater Konkurrenzobjekte, für vertretbar gehalten, die Mietsätze wie folgt anzupassen:

Nutzungsart	bisher	neu
<i>Reihenbestuhlung gesamter Saal (380 Plätze)</i>	310 €	380 €
Bankettbestuhlung gesamter Saal (300 Plätze)	285 €	320 €
Reihenbestuhlung abgeteilter Saal (240 Plätze)	205 €	230 €
Bankettbestuhlung abgeteilter Saal (160 Plätze)	160 €	170 €
Ausstellungen, Messen (Nutzung pro qm)	1,25 €	1,60 €

Es handelt sich jeweils um Netto-Beträge ohne Mehrwertsteuer. Alle sonstigen Mietsätze sowie die Bewirtschaftungsregelungen bleiben unverändert bestehen.

Finanzielle Auswirkungen

☒ ja

☐ nein

Gesamtkosten der Maßnahme	jährliche Folgekosten	Finanzierung Eigenanteil	Finanzierung objekt bezogene Einnahmen	Abstimmung mit dem Kämmerer
				<input checked="" type="checkbox"/> ist erfolgt <input type="checkbox"/> ist nicht erforderlich, da Haushaltsmittel im Haushaltsjahr zur Verfügung stehen

Veranschlagung

<input type="checkbox"/> im VermH	<input type="checkbox"/> im VerwH	<input type="checkbox"/> Nein	<input type="checkbox"/> Ja, mit	Haushaltsstelle
-----------------------------------	-----------------------------------	-------------------------------	----------------------------------	-----------------

I. V.

Baumeister

Anlagen:

VERWALTUNGSVORLAGE

Geschäftsbereich 3
Fachbereich Siegerlandhalle
Bearbeitet von: Herrn Prinz

Datum
07.01.2003

Beratungsfolge Ausschüsse – Rat

☒ öffentlich

☐ nicht öffentlich

Hallenausschuss	28.01.2003
Haupt- und Finanzausschuss	29.01.2003
Rat	05.02.2003

Betreff:

**Mietanpassung für die Nutzung des Hüttensaales in der Siegerlandhalle
nach erfolgter Modernisierung
hier: Ergänzung der Mietkonditionen für den abgeteilten Saal**

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Stadt Siegen beschließt die Mietfestsetzung für die Nutzung des abgeteilten Saales (1/4 des Raumes) auf 110 € zuzüglich Mehrwertsteuer mit Wirkung ab 01.01.2003.

Sachverhalt / Begründung:

Mit Vorlage vom 02.12.2002, Vorlage Nr. 2399/2002 hat die Verwaltung die Mietanpassung für verschiedene Nutzungsvarianten des Hüttensaales vorgeschlagen. Diese Vorschläge sind vom Hallenausschuss in seiner Sitzung am 17.12.2002 befürwortet und dem Rat zur Beschlussfassung empfohlen worden. Gleichzeitig ist die Verwaltung beauftragt worden, zur nächsten Sitzung noch ergänzend einen Mietsatz für die Nutzung einer Viertel-Raumeinheit vorzuschlagen, bei nach Einbau einer zusätzlichen variablen Trennwand im Laufe dieses Jahres eine solche Nutzungsvariante möglich ist.

Dementsprechend wird vorgeschlagen, den Mietsatz für den zu 1/4 abgeteilten Hüttensaal auf 110 € zuzüglich Mehrwertsteuer festzusetzen.

Finanzielle Auswirkungen

☒ ja☐ nein

Gesamtkosten der Maßnahme	jährliche Folgekosten	Finanzierung Eigenanteil	Finanzierung objekt bezogene Einnahmen	Abstimmung mit dem Kämmerer
				<input checked="" type="checkbox"/> ist erfolgt <input type="checkbox"/> ist nicht erforderlich, da Haushaltsmit- tel im Haus- haltsjahr zur Verfügung stehen

Veranschlagung

<input type="checkbox"/> im VermH	<input type="checkbox"/> im VerwH	<input type="checkbox"/> Nein	<input type="checkbox"/> Ja, mit	Haushaltsstelle
-----------------------------------	-----------------------------------	-------------------------------	----------------------------------	-----------------

I. V.

Baumeister

Anlagen:

VERWALTUNGSVORLAGE

Geschäftsbereich 4
Fachbereich 7 / Stadtplanung
Bearbeitet von: Herrn Lüster

Datum
11.12.2002

Beratungsfolge Ausschüsse – Rat

☒ öffentlich

☐ nicht öffentlich

Bezirksausschuss III - Ost	15.01.2003
Bauausschuss	20.01.2003
Haupt- und Finanzausschuss	29.01.2003
Rat	05.02.2003

Betreff:

Bebauungsplan Nr. 331 "Weißtalhalle" im Stadtteil Kaan-Marienborn;
hier: - Auf § 31 GO NW wird hingewiesen
- Aufstellungsbeschluss gemäß § 2 (1) BauGB

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Stadt Siegen beschließt gemäß § 2 (1) BauGB die Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 331 "Weißtalhalle" im Stadtteil Kaan-Marienborn.

Das Plangebiet (siehe Übersichtsplan als Anlage zur Vorlage) liegt im Stadtteil Kaan-Marienborn und wird begrenzt durch die Straße Blumertsfeld, die bebauten Grundstücke Blumertsfeld Nr. 8, 20 und 22, die bebauten Grundstücke Kohrweg Nr. 1 bis 15, den Kohrweg und die Hauptstraße.

Sachverhalt / Begründung:

Ausgangslage

Im wirksamen Flächennutzungsplan (FNP) ist der größte Teil des Plangebietes als Grünfläche (alter Friedhof mit Ehrenmal) dargestellt. Ein kleinerer Teil in der Mitte des Plangebietes ist als Allgemeines Wohngebiet und der Bereich Weißtalhalle im Süden ist als Fläche für den Gemeinbedarf - Mehrzweckhalle / Theater - dargestellt.

Nach der Abgrenzungssatzung der Stadt Siegen liegt das Plangebiet im Innenbereich (§ 34 BauGB).

Der alte Friedhof ist zwar noch entsprechend gewidmet, aber eine Grabbelegung erfolgt schon seit Jahren nicht mehr und die letzte Ruhefrist endet im Jahre 2006.

Gemäß dem Beschluss des Bezirksausschusses III - Siegen-Ost - vom 18.11.1997 soll nach Ablauf der Nutzung des alten Friedhofes dort eine Parkanlage (Erholungsanlage) angelegt werden.

Städtebauliche Ziele

Vorsorgeaufgabe einer jeden Gemeinde ist die Schaffung gesunder Wohn- und Arbeitsverhältnisse. Um einerseits diesem Anspruch gerecht zu werden und andererseits die ortsansässige Weißtalhalle / Mehrzweckhalle nicht in ihrem Bestand, den Entwicklungs- und Erweiterungsmöglichkeiten zu beschränken und gleichzeitig nicht erwünschte Fehlentwicklungen zu vermeiden, bedarf es aus stadtentwicklungspolitischer Sicht der Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 331 "Weißtalhalle". Dies wird untermauert durch eine geplante Wiedernutzung des alten Friedhofes.

Der Aufstellungsbeschluss für den Bebauungsplan Nr. 331 dient der Sicherung der Bauleitplanung. Aufgrund des Aufstellungsbeschlusses kann die Entscheidung über die Zulässigkeit von Vorhaben bis zu 12 Monaten zurückgestellt werden, wenn zu befürchten ist, dass die Durchführung der beabsichtigten Planung durch das Vorhaben unmöglich gemacht oder wesentlich erschwert werden würde. Der Aufstellungsbeschluss ist weiterhin die Grundlage für den Erlass einer Veränderungssperre, über die die Planungsabsichten der Stadt Siegen - falls erforderlich - auch über einen längeren Zeitraum abgesichert werden können.

FINANZIELLE AUSWIRKUNGEN

☐ ja

☒ nein

Gesamtkosten der Maßnahme	Jährliche Folgekosten	FINANZIERUNG Eigenanteil	FINANZIERUNG Objektbezogene Einnahmen	Abstimmung mit dem Kämmerer <input type="checkbox"/> ist erfolgt <input type="checkbox"/> ist nicht erforderlich

VERANSCHLAGUNG

<input type="checkbox"/> im VermH 2002	<input type="checkbox"/> im VerwH 2002	<input type="checkbox"/> Nein	<input type="checkbox"/> Ja, mit	Haushaltsstelle
--	--	-------------------------------	----------------------------------	-----------------

In Vertretung

Brune
Stadtbaurat

Anlage

Übersichtsplan mit Plangebiet Bebauungsplan Nr. 331

VERWALTUNGSVORLAGE

Geschäftsbereich 4
Fachbereich 9 / Bauverwaltung
Bearbeitet von: Dietmar Grebe

Datum
16.09.2002

Beratungsfolge Ausschüsse – Rat

☒ öffentlich

☐ nicht öffentlich

Bezirksausschuss II - Weidenau	28.11.2002
Bauausschuss	09.12.2002
Haupt- und Finanzausschuss	29.01.2003
Rat	05.02.2003

Betreff:

**Wegeeinziehung in der Stadt Siegen;
Absicht der Einziehung eines Teilstückes der öffentlichen Wegefläche
Gemarkung Weidenau Flur 26 Flurstück 648 (ehem. Zufahrt zur Fa. A-
chenbach und zu den Gebäuden Weidenauer Straße 142 - 154 an der
Bismarckstraße)**

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Stadt Siegen beschließt gem. § 7 des Straßen- und Wegegesetzes des Landes Nordrhein-Westfalen (StrWG NRW) in der Fassung der Bekanntmachung vom 23.09.1995 (GV NRW S. 1028/SGV NRW 91) die Absicht der Einziehung eines Teilstückes der öffentlichen Wegefläche Gemarkung Weidenau Flur 26 Flurstück 648 (ehem. Zufahrt zur Fa. Achenbach und zu den Gebäuden Weidenauer Straße 142 - 154 an der Bismarckstraße).

Sachverhalt / Begründung:

Der Weg Gemarkung Weidenau Flur 26 Flurstück 648 ist mit Datum vom 07.09.1982 als Zufahrtsweg zu den o. g. Liegenschaften dem öffentlichen Verkehr gewidmet worden.

Öffentliche Verkehrsflächen sollen eingezogen werden, wenn sie keine Verkehrsbe-
deutung mehr haben oder überwiegende Gründe des öffentlichen Wohles für die Be-
seitigung vorliegen.

Die Situation in diesem Bereich hat sich grundlegend verändert. Die Fa. Achenbach hat ihren damaligen Standort aufgegeben. Das ehemalige Firmengelände ist mittlerweile mit einem Geschäftszentrum bebaut worden. Eine Zufahrt zu diesem Zentrum über das Flurstück 648 ist wegen der neuen Rechtsabbiegespur nicht mehr erforderlich. Die rückwärtige Zufahrt zu den Gebäuden Weidenauer Straße 142 - 154 und auch zu den neueren Gebäuden Bismarckstraße 2 - 4 kann sichergestellt werden, indem nach erfolgter Einziehung die Teilfläche aus dem Flurstück 648 an die v. g. Eigentümer veräußert und in den vorhandenen Parkplatz integriert wird. An einem Erwerb besteht großes Interesse, diesbezügliche Verhandlungen laufen bereits. Der Parkplatz befindet sich schon in deren Eigentum und dient auch dem baurechtlichen Stellplatznachweis für die v. g. Gebäude.

Unter diesen Voraussetzungen hat die v. g. öffentliche Wegefläche keine Verkehrsbedeutung mehr. Es wird daher vorgeschlagen, die Absicht der Einziehung zu beschließen. Von der Einziehung betroffen ist hierbei lediglich der Teil des Weges, der außerhalb der in diesem Bereich zwischenzeitlich ausgebauten Bismarckstraße liegt.

In dem beigefügten Planausschnitt ist die einzuziehende Wegefläche gekennzeichnet.

Finanzielle Auswirkungen ☐ ja ☒ nein

Gesamtkosten der Maßnahme	jährliche Folgekosten	Finanzierung Eigenanteil	Finanzierung objektbezogene Einnahmen	Abstimmung mit dem Kämmerer <input type="checkbox"/> ist erfolgt <input type="checkbox"/> ist nicht erforderlich, da Haushaltsmittel im Haushaltsjahr zur Verfügung stehen.
---------------------------	-----------------------	--------------------------	---------------------------------------	---

Veranschlagung

<input type="checkbox"/> im VermH 19	<input type="checkbox"/> im VerwH 19	<input type="checkbox"/> Nein	<input type="checkbox"/> Ja, mit	Haushaltsstelle
--------------------------------------	--------------------------------------	-------------------------------	----------------------------------	-----------------

In Vertretung

Gesehen:

Brune
Stadtbaurat

Ulf Stötzel

Finanzielle Auswirkungen

☐ ja☐ nein

Gesamtkosten der Maßnahme	jährliche Folgekosten	Finanzierung Eigenanteil	Finanzierung objekt bezogene Einnahmen	Abstimmung mit dem Kämmerer
				<input type="checkbox"/> ist erfolgt <input type="checkbox"/> ist nicht erforderlich, da Haushaltsmit- tel im Haus- haltsjahr zur Verfügung stehen

Veranschlagung

<input type="checkbox"/> im VermH	<input type="checkbox"/> im VerwH	<input type="checkbox"/> Nein	<input type="checkbox"/> Ja, mit	Haushaltsstelle
-----------------------------------	-----------------------------------	-------------------------------	----------------------------------	-----------------

Anlagen: